

---

FDP Hanau

## **SOLAR, NA KLAR, EINE PFLICHT, WOLLEN WIR NICHT**

08.03.2023

---

Die Regierungskoalition aus SPD, CDU und FDP in Hanau ist sich einig: „Photovoltaik ist ein wichtiger Schritt zur Energiewende. Diese gilt es wie andere erneuerbare Energien zu fördern, um das Ziel, Hanau bis 2040 klimaneutral zu machen, zu erreichen.“

Der Hanauer SPD-Vorsitzende Thomas Straub führt aus: „Hanau ist auf einem guten Weg. Mit dem vorhabenbezogenen Bebauungsplan Freiflächenphotovoltaikanlage Großauheim-Kaserne beispielsweise hat Hanau einen Riesenschritt in Richtung Energiewende getan. Weitere Solaranlagen sind schon in Betrieb oder in Planung. Die Stadt Hanau stellt in Kooperation mit den Stadtwerken Hanau und der Sparkasse Hanau ein kostenfreies Beratungsangebot für die Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung.“

Der Hanauer CDU-Vorsitzende Jens Böhringer ergänzt: „Da ist eine Solarenergiepflicht, wie sie die Grünen in einem Antrag für die nächste Stadtverordnetenversammlung fordern, kontraproduktiv. Nicht jedes Hausdach ist für Solarenergie geeignet, wenn z. B. die Dachausrichtung ungünstig ist oder das Dach verschattet ist. Zudem leiden schon jetzt viele Bauherren unter hohen Zinsen und steigenden Baukosten – wenn sie jetzt noch eine Solaranlage finanzieren müssen, die sich erst in 20 Jahren amortisiert, kann die Finanzierung gefährdet sein.“

Der Hanauer FDP-Vorsitzende Henrik Statz kann nur mit dem Kopf schütteln: „Die Hanauer Stadtverordnetenversammlung ist für eine Solarpflicht überhaupt nicht zuständig. Dies wäre Aufgabe des Hessischen Landtages. Die Hanauer Grünen hätten ihren Antrag besser an ihre Parteifreunde in Wiesbaden gerichtet. Eine Solaranlagenpflicht wird nicht zu mehr Solaranlagen, sondern aufgrund bürokratischer und finanzieller Mehrbelastung zu weniger Wohnungen führen, und dass in einer Zeit, wo zusätzlicher Wohnraum dringend gebraucht wird. Wir brauchen zum Bauen weniger, nicht mehr Vorschriften.“

Aufgrund der Wichtigkeit des Themas sind sich SPD, CDU und FDP einig, den Grünen-Antrag trotz seiner Mängel in den Struktur- und Umweltausschuss zu verweisen, um dort die bisherigen Erfolge bei der Energiewende vorzustellen und das Erreichen der Klimaziele ohne Bevormundung der Bürgerinnen und Bürger zu diskutieren.